

## Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

### Steuerbetrug: Schleichendes Gift für unsere Demokratie „Steueroasen“ und Agenda 2010 für immer?

In welcher irrealer Parallelgesellschaft lebt ein „Wirtschaftsweiser“ wie der Professor Lars Feld, der eigentlich als neutraler Sachverständiger die Bundesregierung beraten sollte? Auf Einladung der Volks- und Raiffeisenbank hielt er in der Rottenburger Festhalle einen Vortrag über die „Wirtschaftspolitischen Herausforderungen“ der künftigen Bundesregierung. Lars Feld ist Leiter des Walter-Eucken-Instituts, einer Kadenschmiede neoliberaler Politik mit dem Credo des ungehemmten Sozialabbaus zugunsten der Konzerne.

Kürzlich wurden im REWE-Logistikzentrum Bondorf alle 47 LKW-Fahrer zum Jahresende fristlos gekündigt, ihre Arbeit übernimmt eine Spedition mit Billiglöhnen. Das nennt sich Outsourcing zwecks Gewinnsteigerung. Fast zehn Prozent aller Beschäftigten leben in Deutschland in Armut, jeder vierte ist im Niedriglohnsektor angestellt. Jetzt entlässt Siemens trotz

Rekordgewinn 7000 Beschäftigte. Innerhalb von vielen Betrieben gibt es wie bei Daimler eine Dreiklassen-Belegschaft von Stammbeschäftigten, Leiharbeitern und rechtlosen Werks-

dem Niveau von 1995 liegen – Schröders Agenda 2010 sei's dank! Der Niedriglohn von heute ist die Altersarmut von morgen. Zugleich sind die niedrigen Löhne Grundlage für die wachsende Kinderarmut: Für immer mehr Kinder ist Armut keine vorübergehende Situation, sondern wird oft zum Dauerzustand von fünf Jahren und länger. Sie wachsen mit schlechter Bildung, Gesundheit und Hoffnungslosigkeit auf.



Es geht „uns“ sooooooooooooooooooooo gut!

Für Feld sind diese Fakten über wachsende Armut alles 'Lamento', die Löhne steigen ihm viel zu stark. Damit sie noch weiter gesenkt werden können, will der neoliberale Professor den Kündigungsschutz drastisch „lockern“. Alleinerziehende Langzeitarbeitslose - 95 Prozent sind Frauen! - sollen bestraft ('sanktioniert') werden, wenn sie Kinderbetreuungsangebote nicht wahrnehmen. >>>

Lesen Sie weiter:

- Schwabenstreich auf der Schwäbischen Alb Seite 3
- Europa gibt es noch - Pesco macht möglich Seite 5
- Rottenburger Haushalt: Aufholjagd Seite 7
- Nicht schlimm! Seite 9
- Es war einmal - summ, summ, summ ... Seite 11

„Es geht uns wirtschaftlich hervorragend“, so Feld. Deshalb verbiete sich „eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands“. Schließlich wollen die Superreichen und ihre Unterstützer auch in Zukunft die Profite steuerbegünstigt in ihren Oasen bunkern. Denn die Kehrseite der wachsenden Armut ist der skandalöse Reichtum einer kleinen Minderheit, geschützt von einigen Politikern und Professoren. Schon Bertolt Brecht wusste: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an, und der Arme sagte bleich: ‚Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.‘“

Nach den Lux-Leaks mit Superstar Junckers und den Panama-Papieren wurden jetzt die Paradise Papers veröffentlicht, die aus 21 Datensammlungen bestehen. Für den angesehenen Schweizer Ökonomen Gabriel Zucman enthalten sie dreierlei: Die Superreichen der Welt haben in ihren „Oasen“ 7,9 Billionen (!) Euro versteckt. Mehr als 600 Milliarden Euro werden JÄHRLICH von multinationalen Konzernen und Banken wie Apple, Nike, Uber, Facebook, Sixt, Bayer, Allianz, Deutsche Bank dorthin verschoben, um keinerlei Steuern zu zahlen. Aber Feld und andere sehen keinen „Umverteilungsspielraum“! Zweite Erkenntnis: Die hinterzogenen Steuern fehlen für wichtige Investitionen in unserer Gesellschaft, allein Deutsch-

land gehen dadurch 17 Milliarden jährlich verloren. Sie fehlen für Schulen, Krankenhäuser, Digitalisierung und Personal. In der gesamten EU fehlen dadurch 60 Milliarden Euro. Drittens: Die wirklichen Steuerzahler müssen mehr zahlen, um die Löcher der Superreichen zu stopfen.

Doch nicht nur höhere Steuern sind die Folge dieses Betrugs. Natürlich wollen die Superreichen ihr Kapital steigern: Neben Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Kriegswaffen ist das vor allem im Wohnungsbau der Fall. Ihr „Betongold“ in Luxuswohnungen verschärft den Flächenmangel für Neubaugebiete und somit die Wohnungsnot. Dies führt zu Mietpreissteigerungen in den Ballungszentren (Meinzer). Für die Superreichen ein doppelter Gewinn: Erstens durch ihren Steuerbetrug und zweitens durch profitable Anlagen.

### **Regierung verhindert Kampf gegen Steuerbetrug**

Geschützt wird diese Bereicherungspolitik durch eine politische Elite, die jegliche wirksame Bekämpfung der Steuerflucht verhindert. So wehrt sich die Bundesregierung auf EU-Ebene gegen eine öffentliche und länderspezifische Pflicht der Konzerne, ihre Gewinne und Steuern anzugeben – für sie ist Steuerflucht ein Betriebsgeheimnis!

Zudem blockiert sie eine Reform der Geldwäscherichtlinie: Sie müsste ein öffentliches, europaweites Register der wahren Eigentümer von Unternehmen und Stiftungen sowie der Immobilien enthalten, da mit Immobilienankauf oft Schwarzgeld gewaschen wird. Mit dem Register könnte ein Teil des Sumpfes trocken gelegt werden. Die Regierung blockiert jegliche Steuerdiskussion mit dem Argument, das sei eine Neiddiskussion. Falsch!

**Der Steuerbetrug dient der Machtanhäufung einer Minderheit, um mit ihren Milliarden „Sachverständige“, Steuerberater, Lobbyisten und ganze Regierungen einzukaufen. Das ist schleichendes Gift für unsere Demokratie. Deshalb muss mit dieser moralisch verkommenen und gesetzlosen Parallelgesellschaft Schluss sein!**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

Wichtiger Lektüretipp: Markus MEINZER: Steueroase Deutschland. Warum bei uns viele Reiche keine Steuern zahlen. München (C.H.Beck) 2015

## **Zeitgeist**

**Da haben wir's wieder: die inzwischen sattsam bekannte Leier vom Zeitgeist, in dem Bevormundung, Entmündigung, Maßregelung, Denk- und Sprechverbote herrschen.**

Herr Karl-Eugen Bayer beklagt „billige Polemik“ und will darauf „mit Fakten“ antworten. Was er dann aber schreibt, hat mit Fakten nichts zu tun, sondern es ist eine polemische Aufzählung von angeblich typischen Merkmalen des „Zeitgeists“.

Genau das ist die Taktik der AfD und ihrer Anhänger. Sie selbst sind groß im Austeilen. So verband der Fraktionsvorsitzender der AfD-Baden-Württemberg, Jörg Meuthen, seine Darstellung der Vorfälle in Schorndorf mit einem Hieb gegen die Kanzlerin:

*„Es ist ein gewalttätiger Mob in unser Land eingedrungen, der dieses Land ungehemmt als Beute betrachtet, unsere Töchter als verfügbare Schlampen, unsere Söhne als Aggressionsmülleimer und unsere Sozialleistungen als Starterset für eine Gangsterkarriere. Eingeladen von unserer Kanz-*

*lerdarstellerin und ihrer Komparsentruppe.“* („Komparsen“ sind im Theater Darsteller kleiner Rollen oder stumme Mitspieler.)

Das sind deutliche Worte. Sobald man aber solche Äußerungen kritisiert, indem man zum Beispiel einwendet, Meuthen verzerre durch maßlose Übertreibung und Dramatisierung die Wirklichkeit bis zur Unkenntlichkeit, hallt es einem entgegen: Meinungsterror, keine Meinungsfreiheit und ... (siehe oben).

Deshalb, Herr Bayer, folgendes: Herr Bodenmiller maßt sich keineswegs an, „bei uns bestimmen zu können, was wir lesen dürfen und was nicht.“ Er hat vielmehr verschiedene Bücher des Kopp-Verlags kritisiert. Er hat seine Kritik ausführlich begründet. Und er hat von seinem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht.

**Dr. Stefan Schulze**  
Wendelsheim

Die Redaktion dankt für die Abdruckerlaubnis des Leserbriefes.

# Stuttgart 21 – Schwabenstreich auf der Schwäbischen Alb

*„Die Schwaben sind das einzige Volk auf der Welt, das Tunnels nicht unter Bergen hindurch, sondern den Berg hinauf baut!“*

Diese Weisheit sollten sich alle S21-Verantwortlichen einmal zu Herzen nehmen.

Was für ein Unsinn! Aber danach fragen Politiker und Lobbyisten nicht, für sie ist es nur wichtig, an einer solchen aberwitzigen Planung möglichst viel zu verdienen.

Zu Stuttgart 21 gehört nicht nur der Tiefbahnhof im Stuttgarter Talkessel, sondern auch die Neubaustrecke nach Ulm. Die aber hat es in sich. Von Wendlingen führt der 8000 m lange Altvorlandtunnel mit einer Steigung von 35 Promille auf 746 m ü. NN nach Hohenstadt, wozu ein Höhenunterschied von rund 500 m überwunden werden muss. Von dieser Scheitelhöhe aus geht es dann 270 m wieder bergab nach Ulm, u.

a. über den 5000 m langen Altvorlandtunnel. Zum Vergleich: Die alte Bestandsstrecke über die Geislinger Steige hat eine Steigung von „nur“ 22,5 Promille.

Energiewirtschaftlich ein wahrer Schwabenstreich, wenn man bedenkt, wie viel Energie es kostet, Züge auf diese Höhe

Der Altvorlandtunnel wurde kürzlich mit viel Pomp und Getöse angestoßen, bzw. wie es so schön heißt, „angedreht“. Zugegen waren auch wieder Geistliche beider Konfessionen, um „Gottes Segen“ zu erteilen. Später wurde dann auch die Bevölkerung unter dem Slogan „S21 erleben“ zur Baustellenbesichtigung eingeladen.



zu ziehen, damit sie dann wieder bergab rollen können. Darüber hinaus kann kein Güterzug über eine Steigung von 35 Promille gezogen werden, selbst wenn man ihn mit drei schweren E-Loks bespannt. Dann nämlich wären die Zugkräfte so groß, dass die Kupplungen reißen!

Zum Einsatz kommt natürlich, wie könnte es anders sein, eine Herrenknecht - Tunnelbohrmaschine namens „WANDA“. Peter Främke hat dieses Ereignis in seinen nachfolgenden Versen, die wir hier mit seiner freundlichen Genehmigung abdrucken dürfen, auf humorige Art zusammengefasst, nicht ohne auch auf das kürzlich stattgefundene Tunnelunglück von Rastatt zu verweisen:

## Ein KNECHT namens „WANDA“

Von Peter Främke

*Das MONSTRUM ist ein HERREN-KNECHT,  
bohrt Riesenlöcher – meist nicht schlecht –  
nach ULM ganz STEIL rauf und runter –  
in TUNNELN geht die Sonne unter.*

*Die KIRCHEN kamen mit dem SEGEN,  
denn „WANDA“ kann so viel bewegen.  
MILLIARDEN Steuergeld sind WEG,  
wenn „WANDA“ wühlt sich durch den DRECK.*

*Doch manchmal geht auch etwas SCHIEF:  
Ein MONSTRUM aus dem RUDER lief!  
Erst fuhren ZÜGE drüber her,  
doch dann fuhr plötzlich GAR NICHTS mehr!*

*In RASTATT war's, wo „WILHELMINA“  
Die TUNNEL bohrte – das ging PRIMA.  
Doch dann verließ sie GOTTES SEGEN  
Und gar nichts tat sich mehr bewegen.*

*Ganz EILIG hat man sie VERSCHARRT  
und viel BETON herangekarrt.  
Beseitigt jede SPUR der Tat,  
damit es KEINE Zeugen hat!*

*Als „WILHELMINA“ einst begann,  
da reisten „DIE 500“ an,  
die PROMINENT und KOSTENLOS  
im SPRÜCHE-KLOPFEN sind ganz groß.*

*Als sie verschwand dann im BETON,  
da machten ALLE sich DAVON.  
KEIN Kirchenmensch mit seinem SEGEN,  
zur TOTENFEIER war zugegen.*

*Ein BÖSES Zeichen auch für „WANDA“?  
Zur Taufe waren ALLE MANN da –  
Doch WEHE DIR und es geht schlecht,  
dann bleibst du nur ein HERREN-KNECHT!*

Diese wunderbaren Verse sollten wir zum Anlass nehmen, alles daran zu setzen, damit ein solcher „Schwachsinn 21“ nicht weiterverfolgt wird, und deshalb auch in Zukunft

### OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt  
Rottenburg

# Das Rätsel der Naldo-Preiserhöhungen

## Landesregierung streicht Zuschüsse für die Mobilität zusammen

**Die dauernden Preiserhöhungen im Naldo, dem Öffentlichen Personennahverkehr im Kreis Tübingen, sind vor allem Berufspendlern und Schülern seit Jahren ein Ärgernis. Denn Mobilität ist ein Grundbedürfnis, um zum Arbeitsplatz zu kommen, den Arzt, Freunde oder ein Fußballspiel zu besuchen – Mobilität ist das Grundrecht auf soziale und politische Teilhabe am Gemeinschaftsleben.**

Jetzt haben CDU und **DIE LINKE** im Kreistag den Antrag auf ein Sozialticket innerhalb des Naldo gestellt. Die Kreisverwaltung hat dabei sowohl die Erfolgsstatistik des Naldo dargestellt wie auch den Zwang zu Erhöhung der Fahrpreise. So sind die Fahrgastzahlen zwischen 2001 und 2016 von 54 Mio. auf 74 Mio. Fahrgästen gestiegen, ein Plus von 36 Prozent. Dadurch wurde die Umwelt massiv entlastet. Zugleich sind aber Einnahmen auf den Fahrscheinen von 33 Mio. Euro (2002) auf 63 Mio. Euro (2016) um 90 Prozent angestiegen. Der Grund: Das Land hat die Ausgleichsmittel nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und anderen Landeszuschüssen drastisch

gekürzt. In der Verwaltungsvorlage heißt es: „Zwischenzeitlich ist mit der Kürzung und Pauschalisierung der §45a-Mittel (19,5 Mio. Euro) der öffentliche Finanzierungsanteil der Gesamteinnahmen im naldo von 43,4 Prozent im Jahre 2002 um 33,6 Prozent auf 28,8 Prozent bis zum Jahre 2016 zurückgegangen.“

Im Klartext: Weil die Landesregierung die Zuschüsse für Mobilität zusammenstreicht, kann der ÖPNV sich nur mithilfe von Preiserhöhungen über Wasser halten. Böse Zungen behaupten, die Autokonzerne würden sich über neue Käufer freuen.

**DIE LINKE** wird für den Kreishaushalt den Einstieg in ein Mobilitätsticket beantragen, das besonders den Anspruchsberechtigten nach SGB II (Hartz IV), SGB XII, Wohngeldgesetz und Asylbewerberleistungsgesetz zugute kommt.

Die Deutsche Bahn (DB) verhindert Fahrplan-Verbesserungen für Ergänzungen. Im Kreistag zeigte sich der Erste Landesbeamte Hans-Erich Messner,



u.a. zuständig für Umwelt und Verkehr im Landratsamt, empört darüber, dass die Deutsche Bahn alle Verbesserungsvorschläge, die die „Interessensgemeinschaft zur Verbesserung der Bahnverbindung Ergenzingen“ mit Unterstützung des Landkreises Tübingen im Mai 2017 der Bahn unterbreitet hatte, abgelehnt hat.

Ab Dezember 2017 wird ein neuer „Interimsfahrplan“ in Kraft treten, der anstelle von 17 umsteigefreien stündlichen Verbindungen mit Stuttgart nur noch 12 vorsieht. Angeblich fehlen für mehr Verbindungen das Geld und das Personal.

**Kreisrat Dr. Peter (DIE LINKE) kritisierte, dass die Bahn seit Jahren die wachsenden Pendlerzahlen, z.B. durch das Gewerbegebiet Ergenzingen, bei ihrer Planung nicht beachtet und den prestigeträchtigen Fernverbindungen opfert.**

**Er forderte, dass sich der Landkreis mit Ergenzingen und der Bürgerinitiative weiter massiv in die Planungen der Bahn zugunsten der Pendler einmisch.**

## Nachhaltigkeits-Festival in Rottenburg

**Am Wochenende, 25. und 26. November, findet in der Kernstadt (Zehntscheuer und Kino Waldhorn) ein Nachhaltigkeits-Festival statt, veranstaltet von Stadtverwaltung, Agenda 2010, VHS, der Hochschule für Forstwirtschaft sowie dem Weltladen.**

**DIE LINKE** ruft zur aktiven Teilnahme auf. Denn ob Dieselskandal, Bienensterben, Glyphosat-Verlängerung oder Plastikmüll in unseren Meeren – unsere Zukunft ist massiv gefährdet.

Unter Nachhaltigkeit versteht man seit der international anerkannten Formel der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland von 1987 den Dreiklang von sozialer, ökologischer und ökonomischer Entwicklung:

„Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, welche die Bedürfnisse der

gegenwärtigen Generation deckt, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.“ (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung).

Auf der Stockholmer UN-Konferenz 1972 in Stockholm hatte die berühmte indische Premierministerin Indira Ghandi bereits festgestellt:

**„Sind nicht Armut und Bedürftigkeit die größten Umweltverschmutzer? Der eigentliche Konflikt besteht nicht zwischen Umweltschutz und Entwicklung, sondern zwischen Umwelt und ruchloser Ausbeutung von Mensch und Erde im Namen der Effizienz.“**

Nimmt man diese immer noch gültigen Aussagen ernst, so hat Rottenburg

noch viel zu tun, um „eine lebenswerte Stadt mit Vorbildfunktion“ (Einladung von OB Neher) zu werden, angefangen von der Nichtbenutzung von Glyphosat auf Äckern und Grünflächen, Plastiktüten beim Einkauf, der Verteidigung von Ackerflächen und Erholungsgebieten gegen Gewerbe (Galgenfeld) und einem Landschaftsschutzgebiet. Vorbildlich wäre auch, allen Kindern ohne Ansehen ihre sozialen oder ethnischen Herkunft eine Entwicklung von der Kita bis zur Uni ohne Gebühren zu ermöglichen. Darum lohnt es sich, sich aktiv in die Diskussionen einzumischen!

**Dr. Emanuel Peter**, Gemeinderat

Lektürehinweis: Ulrich Grober, Die Entdeckung der Nachhaltigkeit (München 2010).

# Europa gibt es noch - Pesco macht's möglich

## Belebt die Verteidigungsunion die müde EU nach dem Brexit?

**Wiederholt sich Geschichte? - Natürlich nicht, aber es gibt doch nachdenkswerte Parallelen. Die Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft feiert fröhliche Urständ.** (Siehe Kasten)

Euphorisch äußerte sich der geschäftsführende Außenminister Sigmar Gabriel zur Verteidigungsunion:

„Meilenstein der europäischen Entwicklung“ und „großer Schritt in Richtung Selbstständigkeit und Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.“ Wie kann das als Meilenstein gesehen werden, zu einem Zeitpunkt des Austretens Großbritanniens aus der EU, der Nichtteilnahme von Dänemark und der Unentschiedenheit von Irland, Malta und Portugal bezüglich des Beitritts zu dieser Union? 23 von noch 28 Staaten machen bei der Union der Willigen mit.

In der EU bringt man zur Zeit nicht viel auf die Reihe. Da fällt es schon auf, dass gerade im Bereich militärischer Aktivitäten verstärkte Zusammenarbeit möglich ist.

Man fand eine nette Abkürzung für das, was da organisiert werden sollte: **Pesco** - Ständige Strukturierte Zusammenarbeit - **Permanent Structured Cooperation**. Weshalb hat man das -e nicht einem „european“ gewidmet? **Permanent European Structured Cooperation** wäre doch ein Signal für Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Selbstbewusstsein. Aber vielleicht wollte man dem Onkel aus Amerika doch nicht zu selbstsicher begegnen und ihn verprellen. Formell wird im Rat der EU mit qualifizierter Mehrheit die Verteidigungsunion beschlossen.

**Trump sei Dank: Amerika first!**

Trump's Egozentrismus war Herausforderung und zugleich Rechtfertigung für die EU aufzurüsten. „Wir Europäer **müssen**, wir **dürfen** und wir **wollen** darauf reagieren.“ Vermutlich flüsterte man grinsend hinter vorgehaltener Hand: Danke Mister President!

Trump's Aussagen zur NATO, sie sei, ‚obsolete‘ (veraltet, unbrauchbar) ver-

unsicherte die EU-Europäer. Seine Mahnung, die Europäer müssten für ihre Sicherheit ein paar Euros drauflegen, kam - offiziell - auch nicht gut an, obwohl dies ein gemeinsamer Beschluss 2014 war mit dem Ziel, bis 2024 die Verteidigungsausgaben aller NATO-Staaten auf 2% ihrer Wirtschaftsleistung zu bringen. 2017 lagen für die Bundesrepublik Deutschland die Ausgaben bei 1,23 Prozent. Das Außenministerium wies darauf hin, dass Deutschland dieses Jahr voraussichtlich 39,5 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben werde. Dies entspräche einer Steigerung um 13,8 Pro-



zent zu 2014. 2 % der Wirtschaftsleistung - zur Zeit etwa 60 Mrd. Euro!

Prinzipiell ist es egal, ob mehr Geld für die NATO oder im Rahmen von Pesco gezahlt werden muss, nur werden diese Investitionen von Europa, sprich Deutschland und Frankreich gelenkt und die Höhe ist weniger konkret als das 2-Prozent-Ziel. **Die erste Verpflichtung, die ein Mitgliedsstaat eingehen muss, lautet, regelmäßig den Verteidigungshaushalt real zu erhöhen, um die vereinbarten Ziele zu erreichen.** Übrigens beachte man die Wortwahl. Es wird nicht von Aufrüstung und Kriegführen gesprochen sondern von „Investitionen in die Sicherheit und Verteidigung des EU-Territoriums und seiner Bürger“ und von Friedenseinsätzen. Hört sich doch viel flüssiger an!

Doch scheinen auch die Wehr- und Rüstungswilligen diese Summe zu hinterfragen. Werden sich die europäischen Nachbarn durch diese Anstrengung nicht bedroht fühlen und was machen mit all dem Geld? Außenminister Gabriel meinte: „Weiß gar nicht, wo wir die ganzen Flugzeugträger hinstellen sollen!“

**Heimlich, still und leise**

Der Weg zur sogenannten Verteidigungsunion war lautlos - mitten in den Sondierungsgesprächen zu einer Jamaika-Koalition. Das abgelenkte Publikum hat wenig mitbekommen. Die weitreichenden Entscheidungen wurden von einem nur geschäftsführenden Außenminister und einer nur geschäftsführenden Verteidigungsministerin unterzeichnet als Vertreter einer geschäftsführenden Regierung. Ihre Unterschriften sind angreifbar, denn es fehlt ihnen die Legitimation. **Es ist fraglich, ob eine Übergangsregie-**

**rung solch weitreichende Verpflichtungen eingehen darf.** Rechtfertigend meinte der Außenminister: „Es sind damit keine konkreten Haushaltsverpflichtungen verbunden. Es ist außerdem weit über die Grenzen der Regierung unbestritten, dass wir in Europa besser zusam-

menarbeiten müssen.“ Wo aber steht, dass diese Zusammenarbeit gerade auf dem Gebiet der Aufrüstung stattfinden muss? Ergeben sich aus dieser Zusammenarbeit nicht doch einmal konkrete Haushaltsverpflichtungen? Wo und wann fand die öffentliche Diskussion statt? War es ein Wahlkampfthema? Wurden hier Kompetenzen überschritten?

**Zu wessen Nutzen?**

Die Bestrebungen richten sich nicht nur gegen die „Bedrohung aus dem Osten“ (Jargon des Kalten Krieges), sondern dienen auch der Abwehr von Terroristen und gegen Schleuserbanden zur Abwehr von Flüchtlingen. Sozusagen eine multiple Vielzweckwaffe, die jedem etwas bietet. Wer wollte da etwas dagegen haben?

**Selbstbeschränkung war gestern**

In einer solchen Verteidigungsunion ist es leichter europäische und nationale Interessen zu verfolgen. Pesco ist ein Stück Abnabelung, um eigene Ziele zu verfolgen. Afrika ist mehr das Gebiet französischer Interessen als das anderer europäischer Staaten. >>>

Es wird häufig als Betätigungsfeld der zukünftigen Verteidigungsunion genannt. Man darf gespannt sein, wem die Verteidigungsunion „gehört“, wessen Ziele hauptsächlich verfolgt werden. Deutschland und Frankreich werden

gendwo der Feind vor der Tür steht. Hoffentlich ist das Parlament wachsam, damit ihm nicht klammheimlich Rechte entzogen werden. Ebenso wird eine Lockerung der Exportbedingungen für Rüstungsgüter gefordert werden. Märkte

durch militärische Effizienzsteigerung, so sagt man, darf auch nicht verschwiegen werden. Sollten marode Straßen ertüchtigt werden, damit auf ihnen schneller Panzer gen Osten transferiert werden können, dann käme das auch einer Verbesserung der zivilen Infrastruktur zu gute. Alles nicht so schlimm. Deutschland macht sich doch für ein verlegbares Militärkrankenhaus stark. Für jeden etwas!  
Eine gemeinsame Politik ist damit aber noch lange nicht garantiert.

## Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)

von 1952 sollte eine europäische Armee schaffen und damit auch eine weitere westeuropäische Einigung fördern. Frankreich, die Benelux-Staaten, Italien und die Bundesrepublik Deutschland wären daran beteiligt gewesen; letztere war auch deshalb daran interessiert, weil auf diese Weise Wiederbewaffnung und das Ende des Besatzungsstatuts gleichzeitig erfolgt wären. Das Projekt scheiterte 1954, als es im französischen Parlament keine Mehrheit erhielt. Im Jahr darauf wurde die westdeutsche Wiederbewaffnung statt durch eine EVG durch den NATO-Beitritt der Bundesrepublik ermöglicht. (Aus: Wikipedia)

wohl die Nutznießer sein. Oder doch eher die baltischen Staaten? Die militärischen Spielräume werden ausgedehnt.

## Pesco gegen NATO

Jens Stoltenberg, der NATO-Generalsekretär, warnte vor dem Aufbau von Parallelstrukturen und Konkurrenzdenken. Aber belebt Konkurrenz nicht das Geschäft? Zumindest das Geschäft der Rüstungsfirmen? Es wird betont, dass sich Pesco und NATO ergänzen, sozusagen den europäischen Flügel stärken.

Es ist sicher nicht falsch, wenn man behauptet, dass die USA in der NATO das Sagen haben und der Blickwinkel der USA ein anderer ist als der der Europäer. Terrorismus in Europa wird Trump wenig berühren.

Derzeit wird nur von Zusammenarbeit unter den beteiligten EU-Staaten gesprochen. Es wird nicht lange dauern bis die Europäische Armee gefordert und gefördert wird. Weniger Souveränität auf militärischen Gebiet, auch wenn diese auf anderen Gebieten sehr hochgehalten wird, gegen angeblich mehr Sicherheit ist doch ein geringer Preis! Oder?

Bald wird der Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestags bei militärischen Einsätzen in Frage gestellt werden, denn die Einsetzbarkeit der Truppen soll beschleunigt werden. Da sind Parlamentsdebatten, eventuell sogar mit offenem Ausgang nur hinderlich. Quasselbuden müssen geschlossen werden, wenn ir-

müssen für Waffendeals geöffnet werden. Wozu produzieren, wenn niemand die Waffen kaufen darf? Mehr Möglichkeiten für militärische Einsätze müssen geschaffen werden. Armeen, die rasten, rosten.

## Vorrang für das Militärische

Auf manchen Gebieten gibt es wenig oder gar keine Zusammenarbeit in Europa. Gemeinsame Anstrengung werden boykottiert. Ich denke an die Verhinderung von Steuerbetrug.

Der Integration, so man sie denn will, täte es gut, ein Zugpferd zu haben, das die EU aus dem Dreck zieht. Man hat es gefunden: Zusammenarbeit auf militärischen Gebiet.

Es werden viele Gründe genannt, die zu dieser Zusammenarbeit nötigen. Da ist die Bedrohung von Ost und von Süd und von West. Diese Bedrohung besteht darin, nicht mehr in altem Umfang von den USA unterstützt zu werden. Zur Rechtfertigung von Pesco wird ein Mehrfrontenkonflikt inszeniert: Da sind die Herausforderungen aus Russland, aus dem Nahen Osten und aus Afrika.

Gerade im Rüstungsbereich sollen sich Effizienzsteigerungen und Kostenminderung erzielen lassen. Immerhin werden Arbeitsplätze erhalten oder gar geschaffen und das Mehr an Sicherheit

## Fragen bleiben

In vielen Länder und bei vielen Bürgern ist die EU nicht gut angesehen. Sie wird in Frage gestellt, sie wird abgelehnt. Ob gerade durch eine gemeinsame Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Militärs das Vertrauen zunimmt, darf bezweifelt werden. Europäische Kampfdrohnen, neue Kampfjets und neue Waffensysteme sollen dieses Vertrauen erzeugen.

**Warum sieht die Europäische Gemeinschaft eher in Aufrüstungsanstrengungen ihre Aufgabe als Europa zu einer friedlichen aufnahmebereiten Gemeinschaft für Flüchtlinge und ihre Familien zu machen, für einen Ort verantwortlichen sozialen Handelns statt einer abweisenden und abwehrenden Festung? Wann wird begriffen, dass „Verantwortung übernehmen“ nicht heißt, Krieg führen zu können.**



Norbert Kern  
Wendelsheim

**Waffenexporte  
verboten!  
Auslands-  
Einsätze  
beenden!**  
**DIE LINKE.**  
www.100-Prozent-sozial.de

## Ergänzung:

Auf dem **Kreisparteitag der CDU** am 18. November 2017 in Wendelsheim fanden folgende Anträge der Jungen Union Zustimmung:

**„Mittelfristig soll sich die CDU dafür einsetzen, dass eine europäische Armee aufgebaut wird. Nicht nur die Bundesländer sollen für Abschiebungen zuständig sein, sondern notfall auch der Bund, damit kein Asyltourismus entstehen kann.“**

(Zitiert nach Rottenburger Post vom 20.11.2017)

# Rottenburger Haushalt: Aufholjagd

**Einmal bemängelte Dr. Cuno (WiR) per Leserbrief das Finanzgebaren der Stadt mit kräftigen Attacken wegen gestiegener Baukosten für städtische Gebäude (Grundschule Hohenberg, Feuerwehrhaus Wurmlingen und das Fass ohne Boden: Rathausanbau). Dann missbilligte Frau Nohr (SPD) im Sozialausschuss mit heftiger Kritik den Neubau der Hailfinger Grundschule. Angesichts der „ständig falschen Kostenschätzungen“ fordert Dr. Cuno eine „Grundsatzdiskussion“ und „kostengünstigere Alternativen“, Frau Nohr verkämpft sich für „reelle Zahlen“.**

Schon richtig, denn die aufgelaufenen Mehrkosten in wenigen Monaten bewegen sich im Millionenbereich, Berliner Flughafen und Stuttgart 21 lassen herzlich grüßen. Doch wie so oft bei kommunaler Schelte gegen die Verwaltung: Es blieb bei halblautem Gebell, und das wieder einmal bei auch hausgemachten Schlampeereien, bei hemdsärmeligen Kalkulationen, die auf den Auftraggeber und damit auf die Stadt selbst verweisen. Bei Fehlkalkulationen in dieser Größenordnung spricht der schwäbische Volksmund ganz einfach von Sauerei. Man muss die Einschätzung nicht teilen, aber da ist schon was dran.

## Was soll also der Theaterdonner?

Tatsache ist: Die Stadtverwaltung hat wiederholt die aktuelle Baukonjunktur mit erheblichen Kostensteigerungen für geplante Projekte angesprochen, die zum Teil 50 Prozent und mehr als die hausinternen Kostenschätzungen übertreffen. Aber schließt dies eine seriöse Kostenschätzung einfach aus? Neben offensichtlichen internen und blauäugigen Fehlkalkulationen ist ein wichtiger Grund des Planungsfiascos die jahrelang verschleppten öffentlichen Investitionen, um „Sparhaushalte“ zu verabschieden, für die Dr. Cuno, die SPD und die CDU mitgestimmt haben. Schon vergessen?

Die Bauwirtschaft nutzt aktuell die Hochkonjunktur aus Wohnungsbau, Sanierungen von Schulen, Kitas, VHS

usw., um ihre Preise durchzusetzen. Das sind eben auch Rechnung und Preis für das freie Spiel der freien Kräfte am Markt. Fragen muss man aber schon, warum die Verwaltung solches nicht weitsichtig „eingepreist“ hat? Betritt Rottenburg immer wieder „Neuland“, wenn es um Planung seiner millionenschweren Projekte geht?

## Aufholjagd beginnt

Rottenburg plant aufgrund vieler Versäumnisse deshalb in den Jahren 2018 bis 2021 Investitionen in Rekordhöhe von fast 105 Mio. Euro. Zweifellos ein Rekord, aber mit bitterem Beigeschmack, weil er längst noch nicht alle Fehler der Vergangenheit beseitigt. Erste Teilorte wie z.B. Ergenzingen und Obernau haben schon Protest an-



Stadt  
**Rottenburg**  
am Neckar

gekündigt. Da hilft auch nicht, dass OB Neher bei der „Einbringung des Haushalts 2018“ im Gemeinderat die wachsende soziale Spaltung durch die Politik der CDU-SPD-Bundesregierung beschönigte. Er bezeichnete die Rekorderlöse bei Steuern als „Ausnahmesituation“, die zeige, „dass sehr Vieles in unserem Land richtig gemacht wird und deshalb keine Veranlassung besteht, das Ruder komplett in eine andere Richtung zu lenken“.

Meint er damit das völlige Versagen des „Marktes“ beim preiswerten Mietwohnungsbau, den Anstieg von Kinderarmut und Altersarmut trotz bester Wirtschaftskonjunktur, den jahrelang geduldeten Steuerbetrug bei der Verschiebung von 600 Milliarden an Gewinnen (Paradise Papers)? Oder den eklatanten Personalmangel in Krankenhäusern, Pflegeheimen und in Schulen, so dass die Arbeitsüberlastung selbst krank macht?

## Unsere Zukunft sozial gestalten

Auch wenn es ein Fortschritt für Rottenburg ist, dass wir auf dem ehemaligen DHL-Gelände jetzt (preiswerte)

Mietwohnungen mithilfe unserer neu gegründeten Wohnungsbaugesellschaft erhalten, dass Grundschulen und eine neue VHS mit Musikschule entstehen sollen. Dies alles täuscht nicht darüber hinweg, dass noch viel zu tun bleibt und die grün-schwarze Landesregierung in unverantwortlicher Weise mit ihrem aktuellen Haushaltserlass für die Jahre 2017-2019 den Kommunen ganze 2,4 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich vorenthält. Dazu stellt der Gemeindetag Baden-Württemberg fest:

„Die seitens des Landes vorgenommenen Eingriffe in die kommunale Finanzmasse waren und sind unberechtigt.“

Doch OB Neher schweigt sich vornehm aus! Wir fordern alle Ortsvorsteher mit ihren berechtigten Haushaltsanmeldungen dazu auf, mit uns gemeinsam gegen diese willkürlichen Kürzungen zu protestieren und deren Rücknahme zu fordern. Nur dann haben sie mit ihren Forderungen eine Chance.

## DIE LINKE in Rottenburg

**wird für den Haushalt 2018 schwerpunktmäßig Anträge zum schnellen Wohnungsbau (Erhöhung städtischer Gelder für die WBR), Einstieg in gebührenfreie Kitas und mehr Ausbildungsstellen in den Kitas bei gleichzeitig erhöhter Zeit der Erzieherinnen für Anleitung, mehr Stellen in der Verwaltung zur Bewältigung der vielen Investitionen, einen Einstieg in gebührenfreie Kitas und Maßnahmen für bessere Verkehrslenkung und Parkplätze in der Innenstadt stellen. Das Geld ist da: Die Jahresrechnung für 2016 weist eine „freie Spitze“ von fast 14 Mio. Euro aus!**



**Dr. Christian Hörburger**  
Gemeinderat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg - Obernau



**Dr. Emanuel Peter**  
Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

# Behindertenbeirat: Erste Aktivitäten und Forderungen

Auf seiner Sitzung am 16. November wählte der 15-köpfige Behindertenbeirat Andreas Thalmüller zum Beauftragten im Sozialausschuss des Gemeinderats und Josef Saile zu seinem Stellvertreter. Zugleich wertete er die Ergebnisse eines Stadtrundgangs Ende September aus, an dem neben Willi Rudolph (Behindertenbeauftragter des Landkreises) zahlreiche Mitglieder und einige Gemeinderäte das Stadtzentrum vom Bahnhof bis zur neuen Bibliothek aus der Sicht von Behinderten abgelaufen waren.

Bei der Abschlussbesprechung im Stadt-Café kamen 43 Anregungen und 15 Verbesserungsvorschläge für die Stadtverwaltung zusammen.

Als Prioritäten nannte Josef Saile unter anderem

- Beeinträchtigungen in der Fußgängerzone durch Werbetafeln

der Geschäfte und Marktstände, die besonders Rollstuhlfahrer einengen.

- Die erste und die letzte Stufe von Treppen an öffentlichen Gebäuden und Geschäftseingängen sollen deutlich gekennzeichnet werden.
- Neue Hinweisschildern und Symbolen sollen in großer Schrift besser lesbar sein.
- In Behindertentoiletten müssen Alarmanlagen einen Ansprechpartner haben.
- Für die VHS und die Hospitalverwaltung fehlen Handläufe.
- Die Behinderten-Parkplätze vor der Schwimm- und Sporthalle Hohenberg müssen klarer gekennzeichnet werden.
- Der Gehweg in der Tübinger Straße ist für Rolli-Fahrer zu schmal.

- Im Winter sollten die Geschäfte bei der Schneeräumung darauf achten, dass Markierungen für Behinderte gut sichtbar bleiben.

Außerdem befasste sich der Beirat mit der Initiative der Lindenschule Rottenburg: Nachdem im Mai 2017 die Schülergruppe in Offenburg die Silbermedaille im Basketball errungen hat, wollen die zehn SpielerInnen im Mai 2018 zum Bundeswettbewerb der Special Olympics nach Kiel fahren. Da sie eine Woche Wettbewerb finanziell nicht allein stemmen können, wird sie die Stadt mit 1.500 Euro unterstützen.

OB Stephan Neher und **Dr. Peter (DIE LINKE)** werden sich im Kreistag für dieselbe Summe einsetzen, da die Lindenschule eine Kreisschule ist.

**Viel Erfolg beim Wettbewerb!**

## Containern

### Lebensmittelretter oder Straftäter?

**Es soll hier nicht erörtert werden, welchen (Straf-)Tatbestand das Containern erfüllt. Es geht vielmehr um die Frage, wie es einzuschätzen ist, wenn aus einem Müllcontainer abgelaufene und deshalb entsorgte Lebensmittel genommen werden.**

Rein formal gehört der Müll immer noch seinem früher Besitzer. In diesem Fall wurde wohl Eigentum der Firma ALDI entwendet. Über die Motive der Frauen erfahren wir nichts. Wahrscheinlich ist, dass sie die Lebensmittel für den eigenen Verbrauch an sich nahmen. An einen Weiterverkauf ist wohl weniger zu denken, denn die Lebensmittel waren wohl abgelaufen und nicht mehr offiziell verkäuflich. Vielleicht war auch nur die Verpackung beschädigt.

In beiden Fällen wären die Lebensmittel ohne wesentliches Gesundheitsrisiko wohl noch essbar gewesen. Auch wenn Nahrungsmittel auf diese Weise, Entsorgung im Müll, dem Verbrauch entzogen werden, handelt es sich um



Lebensmittelverschwendung. Es ist ein trauriges Beispiel für unsere Wegwerfgesellschaft.

Es müsste doch möglich sein, solche

Lebensmittel jenen zur Verfügung zu stellen, die hungern oder die auch aus anderen Gründen Lebensmittel „retten“ möchten. Ganz ohne Aufwand ist dies sicherlich nicht zu machen. Es werden Kosten entstehen. Aber sie werden nicht so hoch sein, dass sie nicht aufgebracht werden könnten, vor allem im Vergleich zu anderen Kostenfaktoren eines Lebensmitteldiscounters.

Ähnliche Fragen stellen sich bei der Sperrmüllabfuhr. Gebe ich meinen Eigentumsanspruch auf, wenn ich mein Sperrgut auf die Straße stelle? Was ist so schlimm daran, wenn jemand, das was ich entsorgen möchte, noch brauchen kann und an sich nimmt? Selbst wenn er es weiter veräußert, d.h. an jemanden verkauft, der es gebrauchen kann, halte ich das für nicht verwerflich. Aus Gründen der Ressourcenschonung halte ich es für sogar für notwendig. Und wir sollten natürlich die **Warentauschtag**e nicht vergessen.

**Karin Kern, Wendelsheim**



# Nicht schlimm!

## Gescheiterte Sondierungsgespräche zu Jamaika lassen hoffen

Die Sondierungsgespräche waren ein Possenspiel oder eher eine Tragikkomödie. Da setzen sich die Vertreter der Parteien zu Sondierungsgesprächen zusammen, als ob sie sich nicht seit Jahren kennen würden und gemeinsam die Parlamentsbänke gedrückt hätten.

Haben sie nicht gerade gegeneinander einen Wahlkampf geführt? Haben sie nicht mitbekommen, wo der politische „Gegner“ seine Ziele sieht? Es war Spiegelfechterei. Wenig erhellend, nicht unterhaltsam und langweilig

Weiter so!

Was wäre von einer Jamaika-Koalition zu erwarten gewesen?

Bei einer Kanzlerin Merkel und bei einem CSU-Vorsitzenden Seehofer bestimmt keine großen Veränderungen. Das „Weiter so!“ würde weiterhin durch die Gänge hallen. Die Sondierungsgespräche haben gezeigt, dass die Bereitschaft Neues zu schaffen bei allen Gesprächsteilnehmern wenig ausgeprägt ist. Das ganze Verhalten lässt ernste Fragen nach unserem politischen System stellen.

Es kann nur besser werden

Die Umfragen nach dem 24. September zeigen kaum Veränderungen beim Wählerverhalten. Das war auch nicht zu erwarten. Es gab für den Wähler keinen Grund sich umzuorientieren. Alle Parteien taten so, als beugten sie sich dem Wählerwillen. Für Enttäuschung gab es keinen Anlass. Jetzt gibt es Schuldzuweisungen um sich für Neuwahlen zu positionieren bzw. ein Minderheitskoalition auf den Weg zu bringen.

Die Schuldfrage

Die nachträglichen Schuldzuweisungen kann man nur amüsiert verfolgen. Wenn die Parteien sich gegenseitig Unwillen oder Unfähigkeit vorwerfen, dann sollten sie sich zuerst an der eigenen Nase fassen: eine sich arrogant gebende CDU, die meinte alle müssten um sie herum-scharwenzeln; eine CSU, die mehr den Blick darauf gerichtet hat, wer im kommenden Jahr die Landtagswahlen als Führungsfigur zu bestreiten hat; ein vor Kraft strotzende FDP, die kaum mehr

laufen konnte aus Stolz wieder im Bundestag zu sein und die die Gespräche aufkündigte; Grüne die es drängte wieder aus der Oppositionsrolle zu finden.

War es nicht ein Fehler Sondierungsgespräche in dieser Form zu führen? Das fängt bei der Anzahl der Gesprächsteilnehmer an und gilt auch für den Ge-



sprächsgegenstand. Es hätte völlig genügt sich auf Problembereiche zu konzentrieren und die Details einer Lösung einer Koalitionsvereinbarung zu überlassen. Es scheint so, dass viele Köche den Brei verdorben haben.

Pikant ist die Kritik an der SPD. Ihr wird vorgeworfen, ihrer Verantwortung für den Staat nicht gerecht zu werden. Immerhin hat sie das Wahlergebnis richtig interpretiert. Die Wähler wollten nicht wieder eine Große Koalition. CDU und SPD mussten Verluste einstecken. Folgerichtig war die Entscheidung in die Opposition zu gehen, wenn sich keine anderen Mehrheiten ergeben sollten. Sollte es zu Neuwahlen kommen, können neue Koalitionsmöglichkeiten entstehen. Warum nicht dann mit Beteiligung der **LINKEN**?

Demokratie kostet

Bezüglich der Neuwahlen werden immer die dadurch entstehenden Kosten vorgebracht. Die Wahl vom September soll 92 Mio. Euro gekostet haben. Neuwahlen werden nicht günstiger kommen. Demokratie kostet Geld und der zu leistende Aufwand (Wahlbenachrichtigungen, Wahlzettel, Wahllokale, Wahlhelfer ...) ist nicht gering. Gerade bei Wahlen die Kostenfrage zu stellen, scheint mir seltsam. Es wäre besser die normalen „Betriebskosten“ zu hinterfragen. Vielleicht sind die Kosten nur ein vorgeschobenes Argument. Wer ist denn bei einer Neuwahl seines Mandats sicher? Sollte es in nächster Zeit wirklich heftige Turbulenz geben, dann müsste

nicht nur der Hinterbänkler im Parlament um seinen Sitz fürchten.

Mehr Demokratie wagen

Klärung schaffen für anstehende Neuwahlen könnte zwischenzeitlich eine Minderheitsregierung, denn sie würde zeigen, wer mit wem tatsächlich abstimmen würde und zwar bezogen auf den jeweiligen Abstimmungsgegenstand ohne Bindung an irgendwelche Koalitionsabsprachen.

Das Werben um Mehrheiten einer Minderheitsregierung könnte belebend wirken und vor allem gäbe es dem Parlament Entscheidungsfreiheiten, die es in festgezurrtten Koalition nicht mehr hat. Wie derzeit das Freie Mandat praktiziert wird,

wissen wir. Nur nach Freigabe durch die Fraktionsführung kann es ausgeübt werden. Für Gewissensentscheidungen bleibt wenig Raum. Die Gängelung in (Großen) Koalitionen gäbe es nicht mehr.

Es könnte durchaus spannend werden, wenn sich linke Mehrheiten formieren würden oder die AfD sich im Einzelfall der CDU/CSU anschließt. Minderheitsregierungen sind praktikabel, wie andere Länder zeigen, und verfassungsrechtlich nicht ausgeschlossen. Bei offenen, breiten Diskussionen im Parlament können durchaus besser Vorschläge Mehrheiten bekommen. Die Bindekraft von Ausschussvorschlägen wäre weit geringer. Das Regierung einer Minderheitsregierung wäre mühsamer und anstrengender für die Parlamentarier. Aber es könnte auch thematisch gebundene Koalitionen geben, z.B. in der Umweltpolitik und ebenso Alleinstellungsmerkmale, wie z.B. die Haltung zu Militäreinsätze der Bundeswehr der **LINKEN**.

Worin besteht das Wagnis?

Weder Neuwahl noch eine Minderheitsregierung schließen aus, dass es bei einem „Weiter so!“ bleibt, aber die Wahrscheinlichkeit ist geringer. Eine Minderheitsregierung wäre den Versuch wert. Keine Partei will immer nur Opposition sein.

Norbert Kern, Wendelsheim

# Digitalisierung des Unterrichts – eine Luftnummer?

Kürzlich wurde auf dringende Nachfrage von Dr. Peter (**DIE LINKE**) der Sozialausschuss über den Einsatz digitalisierter Medien (Note-books, WLAN, Computer) in der Grundschule Wurmlingen, einer „Medienreferenzschule“ für den gesamten Landkreis, informiert (wir berichteten).

Die Grünen im Land mit Ministerpräsident Kretschmann an der Spitze wollen Deutschland zum Vorreiter bei der Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt in Europa machen:

„Industrialisierung 4.0“ heißt ihr grüner (Alp-)Traum. Mit aller (Ohn-)Macht wird der Einsatz von Computern usw. an den Schulen vorangetrieben und es werden 134 Mio. Euro für den Breitbandausbau bereitgestellt, weil die Internet-Konzerne auf dem flachen Land nicht genügend Gewinne erwarten und nur in den Ballungszentren investieren.

Jetzt hat die grün-schwarze Landesregierung den Aufbaukurs Informatik an allen Gymnasien ab dem Schuljahr 2017/18 von der siebten Klasse an beschlossen. Am neun-jährigen EBG wird er erst im Schuljahr 2018/19 eingeführt. Danach soll Informatik auch an allen weiter-führenden Schulen wie Hauptschule, Werkrealschule und Realschule an-fangen.

An den Gymnasien wird in den Klassen 8 bis 10 das neue Profulfach IMP (Informatik, Mathematik, Physik) eingeführt. 162 neue Lehrerstellen sind

landesweit für das Fach vorgesehen. Für die Lehrkräfte heißt der neue Bildungsplan Dauerstress bei der Erstellung der neuen Lehrpläne, ohne die die Geräte und Verkabelung Unsinn sind.

An der Grundschule Wurmlingen bekommt das gesamte Kollegium (!) dafür eine Stunde vom Kultus-ministerium, am EBG sind es vier Stunden, einschließlich Instandhaltung der gesamten

an diesem Schultyp kaum Lehrer in Informatik ausgebildet sind.

**In der „Raschelrunde“ (Vorstellung des Haushalts) des Rottenburger Gemeinderats wurde aber auch deutlich, dass sich die Verwaltung bisher kaum Vorstellungen macht, was die Digitalisierung des Unterrichts in den nächsten Jahrzehnten kosten wird.**

Der Städtetag Baden-Württemberg rechnet mit einem Investitionsbedarf von 1,8 Milliarden Euro und fordert deshalb vom Land eine Zuweisung pro Schüler von 100 Euro. Allein in Stuttgart sind mindestens 4.000 der 9.000 Unterrichtsräume nicht vernetzt, dies erfordert pro Raum ein Investition von 11.000 Euro. Hinzu kommt: Die „Lebensdauer“ der Geräte wie Tablets und Computer ist begrenzt, sie müssen alle fünf bis sechs Jahre erneuert werden. Der bisherige „Medien-zuschlag“ an die Schulen reicht bei Weitem nicht.

**Eine Gesamtplanung für Geräte, Technik und Personal für die nächsten Jahre ist dringend erforderlich. Die Gelder für ihren Bildungsplan darf die Landesregierung nicht auf die Kommunen abwälzen - „Wer eine Maßnahme bestellt, muss zahlen.“**



## 8. Kultur und Bildung zugänglich machen

Kulturelle Erzeugnisse und wissenschaftliche Erkenntnisse sind ein Produkt der ganzen Gesellschaft und müssen ihr daher auch zur Verfügung gestellt werden. Die Prinzipien dafür sind längst bekannt: Open Access, Open Source, Open Innovation. Öffentliche Subventionen sollten heute an die Veröffentlichung der Ergebnisse gebunden werden. Die neuen Medien ermöglichen eine bisher ungeahnte Chance der Bildung und Kultur für alle. Wir sollten sie endlich nutzen. Wir fordern daher eine Kulturflaute und die gezielte Förderung der Forschung auf Basis offener Standards.

Infrastruktur und Installierung der Programme. Das reicht hinten und vorne nicht und geht auf Kosten entweder anderer (Förder-)Angebote oder der Freizeit der Lehrkräfte.

Die Schulen brauchen nicht nur zusätzliche Stunden, sondern für den Dauerbetrieb der Geräte dringend Schuladministratoren. Das gilt besonders für die Grundschulen wie in Wurmlingen, weil

**Veranstaltungshinweise**

Am **Montag, den 27. November** organisiert die Gemeinderatsfraktion der Linken eine **öffentliche Diskussion zu den Haushaltsberatungen** und ihren Anträgen für den Haushalt 2018.

Hierzu laden wir alle Interessierten ein, die (weitere) Ideen für den nächsten Gemeindehaushalt haben. Treffpunkt: 19 Uhr im griechischen Restaurant „Engel“ (Königsstraße 7, 1.Stock). Dieser Termin ist direkt vor Abgabe der Fraktionsanträge zum Haushalt am Mittwoch früh um 10 Uhr.

Am **Mittwoch, den 29. November** findet der übliche **Kommunale Arbeitskreis** ab 19.30 Uhr im griechischen Restaurant „Engel“ (Königsstraße 7, 1.Stock) statt, der neben kommunalen Themen sicherlich auch die Folgen aus dem Scheitern der „Jamaika-Sondierung“ ansprechen wird. Auch zu diesem Termin sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

# Es war einmal - summ, summ, summ ...

## Keine Märchen über das Bienensterben

**Summ summ summ!**

**Bienchen summ' herum!**

**ei! wir thun dir nichts zu Leide,**

**flieg' nun aus in Wald und Heide!**

**Summ summ summ!**

**Bienchen summ' herum!**

...

Wie das Kinderlied doch irrt. Sehr wohl tun wir der Biene etwas zu Leide. Irreführend ist jedoch die Bezeichnung Bienensterben, denn es handelt sich um ein Insektensterben. Der Begriff ist jedoch nicht falsch gewählt. Die Biene ist ein Sympathieträger. Sie ist gut organisiert, ein soziales Wesen und zudem bienenfleißig. Mit dem Begriff „Insektensterben“ werden nicht diese positiven Eigenschaften verbunden sondern vielmehr die Vorstellung von Ungeziefer.

Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlinge, Motten, Schnaken, Wespen, Falter, Käfer, Hornissen usw. zählen zu den Insekten. Die Honigbiene nimmt eine Sonderstellung ein. Zwar ist auch sie bedroht, doch sie hat einen Überlebenshelfer: den Menschen - den Imker. Die Biene hat einen direkten Nutzen. Sie erzeugt Honig und deshalb hat sie einen Wert und wird gehegt und gepflegt. Nur in ganz wenigen Fällen verhungert eine Honigbiene, denn der Imker hat ein Interesse daran, dass sie immer reichlich Futter hat. Wer hat nicht schon auf Wiesen oder an Wald-rändern die Bienenkästen gesehen, die der Imker dort hingestellt hat, weil es reichlich Futter gibt? Sind die Blüten verblüht, wechselt der Imker den Standort. Sollten seine Bienen von der Varroa-Milbe befallen sein, setzt der Imker Gegenmittel ein.

Warum die Zahl der Imker und die der Bienenvölker zunimmt, soll hier nicht erörtert werden, zumal für sie das „Bienensterben“ nicht zutrifft. Aber die Bienen sind ein guter Indikator für die Messung der Belastung aller Insekten. Sie sind unter Kontrolle und bei der Untersuchung ihrer Pollen kann auch die Umweltbelastung, der sie und alle anderen Insekten ausgesetzt sind, gemessen werden.

Der Wert des Nutztiers Honigbiene ist offensichtlich. Aber auch andere Insekten bestäuben die Blüten und vor allem



sind sie auch die Nahrungsgrundlage für viele Vögel und Amphibien. Wo es keine Insekten mehr gibt, gibt es auch keine Vögel mehr. Es wird klar, dass die Bio-Diversität kein Selbstzweck ist. Jedes Teilchen erfüllt einen Zweck.

Die Entwicklung der Anzahl der Insekten ist auch ein Indikator für den Menschen, in welcher Umwelt er lebt. Der Mensch hat kein Organ dafür, die „Qualität“ seiner Umwelt zu erkennen. Man könnte sagen: Sterben die Insekten, stirbt auch der Mensch. - Und die Insekten sterben: **Nach einer Studie der Radboud Universität in Nijmegen (Niederlande) hat seit 1989 die Zahl der Insekten in Deutschland um 76 Prozent abgenommen.** Die Formulierung „abgenommen“ ist beschönigend, denn es wäre richtig davon zu sprechen, dass die Insekten dezimiert wurden.

Ob das Problembewusstsein bei machen Landwirten stark ausgeprägt ist, kann bezweifelt werden. Meinte doch der Kreisobmann des Bauernverbandes in Kusterdingen (Schwäbisches Tagblatt vom 18. November 2017): Das Mess-Stellennetz für die Erhebung der Nitratbelastung sei manipuliert. Es sei darauf angelegt, Preiserhöhungen der Wasserversorger zu rechtfertigen. Eine Verbotsforderung des Herbizid- Wirkstoffs Glyphosat sei reine Ideologie. Manche Besucher zogen in Frage, ob es denn überhaupt ein Insektensterben gäbe. „Schnaken hat es dieses Jahr noch genug gehabt.“ „Ich bin froh, dass

ich weniger Ungeziefer habe.“ „Bei uns hat es genug Schmetterlinge.“ Gerade bei den Schmetterlingen fällt mir auf, dass ich immer weniger von ihnen sehe. Oder besser gesagt: Mir fällt auf, wenn ich einen sehe. Meine Beobachtung ist nicht nur subjektiv, sie ist wissenschaftlich belegbar.

Ein Blick auf die Felder zeigt, dass sogenannte Pflanzenschutzmittel wirksam sind: eintönige Flächen, die Monotonie wird durch kein (Un-)Kräutlein gestört. Die blühende Mohnblume am Feldrand sticht - wohlthuend - ins Auge. Wo nichts blüht, gibt es auch für die Insekten nichts zu füttern. Wo schwere Landmaschinen alles zerdrücken und Mähmaschinen alles klein machen, bleibt kein Platz für Insekten. Flächenfraß durch Bebauung und Zube-tonieren tun ein Zusätzliches.

Die betriebswirtschaftlich orientierte industrielle Landwirtschaft lässt keinen Raum für Insekten. Monokulturen tun das Ihre dazu: Mais, Raps, Zuckerrüben ...Es tut sich ein weites Feld auf: Wieviel Energiepflanzen brauchen wir eigentlich?

Man sollte nicht böse Absicht unterstellen, zumindest nicht bei den kleinen Überleben kämpfenden Landwirten. Wir müssen uns schon an die eigene Nase fassen. Sind wir bereit den Mehraufwand, den der Verzicht auf Glyphosat mit sich bringt, zu bezahlen? Sind wir bereit dies für den Schutz von Insekten zu tun? Wir setzen dort unsere Prioritäten, wo wir einen direkten Nutzen sehen. Um den Nutzen von Insekten zu erkennen, muss man schon etwas nachdenken. Ist derjenige, der von Un-Kraut und Un-Geziefer spricht nicht ein Un-Mensch?

Noch zwei Fragen zum Schluß: Wann haben Sie ihren letzten Maikäfer fliegen sehen? Ist das bebrillte Insekt oben nicht doch eher eine Wespe?



**Karin Kern**

Wendelsheim

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

## **Meister PESCO: Sauberkeit, Keimfreiheit, Glanz** **Irrtum: PESCO schafft nur Frieden, Freiheit, Sicherheit**

**Bitte seien Sie nachsichtig! Ich hielt PESCO wirklich für ein Putzmittel oder ein belebendes Getränk. Der Name strömte etwas Erfrischendes, Säuberndes und Umweltfreundliches aus, etwas Hautfreundliches, dermatologisch Getestetes.**

Ich fand es zwar etwas irritierend, dass die geschätzte Ministerin für Verteidigung und der geschätzte Minister für das Äußere Werbung für ein Putzmittel macht, aber es werben ja viele Prominente - Sportler, Schauspieler, Sternchen und Sternschnuppen - für vorzügliche Produkte und vermarkten sich gleichzeitig selbst.

Der Ort der Werbung, es muss wohl in Brüssel gewesen sein, machte mich etwas stutzig, denn dass die Orte, an denen europäische Institutionen residieren, sich für Werbung hergeben, war mir neu. Kirchen sind ja schließlich auch werbefrei. Außer es handelt sich um kirchenaffine Produkte. Sie sehen, so ganz naiv war ich nicht. Und dass es in Brüssel zwischen den Institutionen und der Reinigungsmittelindustrie Beziehungen geben könnte, ist ja auch nicht nur so aus der Luft gegriffen.

Vor meinem inneren Auge sah ich schon die handschmeichelnde Sprühflasche mit dem Multifunktionsprühkopf: Feinstrahl und Breitstrahl. Er wäre leicht zu bedienen, sowohl vom graziösen Hausfrauenpfötchen wie auch von der schweren Hausmännerpranke. Ich war dann doch etwas irritiert, dass beim Gruppenbild bei der Präsentation, des Produkts die Flasche nicht zu sehen war.

Vor meiner inneren Nase, umschmeichelte mich der süße Duft von Frühlingsfrische gepaart mit einem Hauch Moschus und einer Note von Waldmoos.

Bedauernd wurde mir auch klar, dass PESCO kein prickelndes alkoholhaltiges erfrischendes Getränk mit Pfirsichgeschmack ist. Welch eine Orgie für die Geschmacksknospen ist mir da wohl entgangen? Ich labte mich be-

reits mental an den taumelnd aufsteigend Kohlesäurebläschen in meinem Glas.

Sie können sich meine Enttäuschung nicht vorstellen, die mich erfasste, als ich feststellen musste, dass PESCO was Politisches ist und sogar mit Waffen, Soldaten und so was zu tun hat. Tiefe Depression erfasste mich. Nichts mit Saubermachen, nichts mit Keimfreimachen, nichts mit Glänzen und Strahlen. Alles mit Aufrüstung, alles mit Integration, Herrschaft und Kriegsführenkönnen. Und nichts mit erfrischendem Trinkgenuss.

Ich bin hereingefallen auf einen Namen. Ich möchte Sie vor meinem Irrtum bewahren. Ich nehme an, dass auch Sie sich hätten von diesem schönen Namen täuschen lassen:

PESCO! Lesen Sie zur Aufklärung bitte die Seite 5.

**Norbert Kern, Wendelsheim**



Termine:

**Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad**

Samstag, 25. November 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

**Öffentliche Diskussion zu den Haushaltberatungen**

**Montag, 27. November 2017, 19.00 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock**

**Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**

Mittwoch, 29. November 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

**Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad**

Samstag, 27. Januar 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

**Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**

Mittwoch, 31. Januar 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Kontakt zu **linksjugend rothenburg:**

facebook.com/solid-rothenburg-a.N.

E-Mail: rothenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe: Freitag, 19. Januar 2018

**DIE LINKE.**  
**Neues aus dem Neckartal**

**Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



**Redaktion**

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



**V.i.S.d.P.**

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg

Eichendorffstr. 49

